

20 Jahre Salamanca – Erklärung

Vor 20 Jahren haben Vertreter und Vertreterinnen von 92 Regierungen auf der Weltkonferenz der UN-Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur vom 7. – 10 Juni 1994 in Salamanca (Spanien) die sog. Salamanca-Erklärung zusammen mit dem „Aktionsrahmen zur Pädagogik für besondere Bedürfnisse“ verabschiedet.

Die deutsche UNESCO-Kommission bezeichnet dies zu Recht als Meilenstein auf dem Weg zur Verankerung des Rechts auf inklusive Bildung. Die Salamanca-Erklärung fordert zum ersten Mal, Bildungssysteme inklusiv zu gestalten, um Schulen in die Lage zu versetzen, alle Kinder mit ihren individuellen Lernbedürfnissen gemeinsam zu betreuen. Die Erklärung proklamiert, dass *"Regelschulen mit inklusiver Ausrichtung das beste Mittel sind, um diskriminierende Haltungen zu bekämpfen, um Gemeinschaften zu schaffen, die alle willkommen heißen, um eine integrierende Gesellschaft aufzubauen und um ‚Bildung für Alle‘ zu erreichen; darüber hinaus gewährleisten inklusive Schulen eine effektive Bildung für die Kinder und erhöhen die Effizienz sowie schließlich das Kosten-Nutzen-Verhältnis des gesamten Schulsystems"*(Salamanca-Erklärung der UNESCO, 1994). Inklusion solle übergreifendes Leitprinzip sowohl der Bildungspolitik als auch der Bildungspraxis werden.

Somit war auch die deutsche Bildungspolitik herausgefordert, die hiesige Bildungslandschaft zu überprüfen und einen Paradigmenwechsel von selektiven hin zu inklusive Strukturen einzuleiten. Doch sollte es noch bis 2009 dauern, bis mit der Ratifizierung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung auch in Deutschland inklusive Bildung eingefordert wurde.

Heute stellt sich die Frage, ob das Konzept einer inklusiven Bildung mit dem deutschen mehrgliedrigen, selektiven Schulsystem vereinbar ist. Doch noch *im März 2014 hat die UNESCO-Kommission auf ihrem „Inklusions-Gipfel“ in Bonn vermieden, die schulstrukturell verankerte Selektion als Barriere für Inklusion zu benennen und sich für eine umfassende Schulstrukturereform auszusprechen.* (NRW Bündnis Eine Schule für Alle, 2014)

Gegenwind kommt dagegen vom internationalen Fachausschuss für die Rechte von Kindern, der zuletzt im Januar 2014 in Genf getagt hat. Im abschließenden Bericht wird der nicht-inklusive Charakter des deutschen Schulsystems beklagt. Der Ausschuss bemängelt die hohe Anzahl von Kindern in Förderschulen, insbesondere im Sekundarbereich und kritisiert die Selektion im hierarchisch gegliederten Schulsystem mit der äußerst frühen Aufteilung der Kinder und der damit kaum korrigierbaren Festlegung auf eine bestimmte Schullaufbahn.